

Verhandlungsschrift

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Gemeinde
Unterach am Attersee am 24. Juni 2010.

Tagungsort: Sitzungssaal des Gemeindeamtsgebäudes.

Anwesende:

1. Bürgermeister Gnigler Engelbert **als Vorsitzender**
2. Vizebgm. Baumann Georg
3. Gde.Vorst. Campestrini Peter
4. Gde.Vorst. Baier Karl
5. GR. Reichl Mag. Gerhard
6. GR. Hutterer Hedwig
7. GR. Rabas Franz
8. GR. Slama Eva
9. GR. Schmidinger Ernst
10. GR. Steinbichler Josef
11. GR. Schindlauer Franz
12. GR. Eichinger Petra
13. GR. Mayrhofer Adelheid
14. GR. Roither Ing. Rudolf
15. GR. Schindlauer Josef
16. GR. Schindlauer Matthias

Ersatzmitglieder:

EGR Ing. Gernot Schmidt	für	GV. Dr. Lanz Hadmar
EGR. Purkhart Michel	für	GR. Berliz Dieter
EGR. Mag. Mayrhofer Gerhard	für	GR. Angela Thurner

Der Leiter des Gemeindeamtes: design. AL Wolfgang Freunberger MBA MPA

Fachkundige Personen (§66 Abs.2 OÖ GemO.1990): ---

Es fehlen:

entschuldigt:

unentschuldigt:

GR. Berliz Dieter
GV Dr. Hadmar Lanz
GR. Angela Thurner

Der Schriftführer: FOI Wolfgang Freunberger MPA/MBA

Der Vorsitzende eröffnet um 19.30 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass

- a) die Sitzung vom Bürgermeister einberufen wurde;
- b) die Verständigung hierzu gemäß den vorliegenden Zustellnachweisen an alle Mitglieder bzw. Ersatzmitglieder zeitgerecht schriftlich am 15.06.2010 unter Bekanntgabe der Tagesordnung erfolgt ist;
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist;
- d) die Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung vom 22.04.2010 bis zur heutigen Sitzung während der Amtsstunden im Gemeindeamt zur Einsicht aufgelegt

gen ist, während der Sitzung zur Einsicht noch aufliegt und gegen diese Verhandlungsschrift bis zum Sitzungsschluss Einwendungen eingebracht werden können.

Sodann gibt der Vorsitzende noch folgende Mitteilungen:

Der Vorsitzende berichtet, dass sechs Dringlichkeitsanträge der ÖVP-Fraktion vorliegen, die vor dem Punkt „Allfälliges“ behandelt werden sollten, er ersucht um die gleichzeitige Abstimmung über alle sechs Anträge für die Aufnahme in die Tagesordnung:

Die ÖVP-Fraktion stellt folgende Dringlichkeitsanträge (Originaltext ohne Änderung übernommen):

1. Dringlichkeitsantrag der ÖVP Unterach

Unterach, am 21.06.2010

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!
Sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderates!
Die Fraktion der ÖVP Unterach stellt nachfolgend einen Dringlichkeitsantrag zur Thematik:

„Abschaffung des Gratiskindergartenessens“

Auf Grund der Neuregelung des Essens im Hort ab September, fordert die ÖVP-Fraktion auch die Einbindung des Kindergartens in die Regelung der „Gesunden Gemeinde“. Das Essen wird ab September von der Firma Ebewe Pharma produziert und von der Firma Gebetsroither geliefert. Um hier eine Gleichberechtigung aller Kinder und Eltern zu schaffen, fordert die ÖVP-Fraktion die Streichung des Gratiskindergartenessens.
Die ÖVP-Fraktion ersucht um Unterstützung und Zustimmung durch den Gemeinderat.

2. Dringlichkeitsantrag der ÖVP Unterach

Unterach, am 21.06.2010

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!
Sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderates!
Die Fraktion der ÖVP Unterach stellt nachfolgend einen Dringlichkeitsantrag zur Thematik:

Neuregelung der Parkplatzsituation im Bereich Strandbad

In den Monaten, wo das Motorboot-Fahren am Attersee erlaubt ist und auf Grund der Wettersituation sehr interessant ist, werden immer mehr Parkplätze vor dem Strandbadgelände als Abstellflächen für Bootsanhänger benutzt. Deshalb fordert die ÖVP-Fraktion ein Abstellverbot für Anhänger im Bereich Parkplatz vor dem Strandbad und dem Parkplatz (Ehemaliger Tennisplatz). Eine zeitliche Beschränkung Mai bis Oktober wäre denkbar.
Die ÖVP-Fraktion ersucht um Unterstützung und Zustimmung durch den Gemeinderat.

3. Dringlichkeitsantrag der ÖVP Unterach

Unterach, am 21.06.2010

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!
Sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderates!

Die Fraktion der ÖVP Unterach stellt nachfolgend einen Dringlichkeitsantrag zur Thematik:

Ansuchen der Gemeinde Unterach bei der BH Vöcklabruck, Abteilung Naturschutz zur Bearbeitung der Voranfrage „Aus und Umbau Freizeitgelände Unterach am Attersee“.

Die ÖVP-Fraktion hat ein Konzept ausgearbeitet, um das Strandbad und Freizeitgelände Unterach attraktiver und besser nutzbar für die Bewohner und Touristen zu gestalten. Um weiterhin ohne Kosten zu verursachen, dieses Projekt verfolgen zu können, benötigen wir eine Stellungnahme des Naturschutzes. Aber auch der Naturschutz benötigt einen offiziellen Auftrag von Seiten der Gemeinde bis zum 09.07.2010. Auf Grund der zeitlichen Situation wurde dieses Schreiben in Abwesenheit des Bürgermeisters vom Vizebürgermeister verfaßt und an die BH Vöcklabruck gesandt. Leider hat der Bürgermeister nach der Rückkehr von seinem Urlaub dieses Schreiben für null und nichtig erklärt. Da nun am 09.07.2010 eine Sitzung der zuständigen Herren vom Naturschutz, Wildbachverbauung und dem Land Oberösterreich stattfindet ergibt sich die Dringlichkeit unseres Antrages.

Die ÖVP-Fraktion fordert den Bürgermeister auf, im Namen der Gemeinde Unterach eine Voranfrage an die BH Vöcklabruck, Abteilung Naturschutz, zu senden, um die Möglichkeit der Durchführung dieses Projektes vorab abzuklären.

Die ÖVP fordert die Umsetzung dieses Antrages bis spätestens 25.06.2010.

Die ÖVP-Fraktion ersucht um Unterstützung und Zustimmung durch den Gemeinderat.

4. Dringlichkeitsantrag der ÖVP Unterach

Unterach, am 24.06.2010

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!
Sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderates!

Die Fraktion der ÖVP Unterach stellt nachfolgend einen Dringlichkeitsantrag zur Thematik:

Verlegung der Bushaltestelle vor das Gemeindeamt

Derzeit gibt es in Unterach keine genehmigte Bushaltestelle im Ort. Dadurch besteht die Gefahr, daß der Bus aus dem Ortszentrum verbannt wird und Unterach keine öffentliche Verkehrsanbindung im Zentrum besitzt.

Aus diesem Grund haben 3 Vertreter der ÖVP Unterach (Hutterer Hedwig, Rabas Franz und Vizeb. Georg Baumann) eine Einladung vom Land Oberösterreich am 22.06.2010 angenommen, um rasch eine befriedigende Lösung für alle Beteiligten zu schaffen. Bei dieser Besprechung kamen alle Beteiligten zu dem Schluß, daß der einzig mögliche Platz für eine Bushaltestelle im Ortszentrum vor dem Gemeindeamt sein kann.

Zu beachten sind die notwendigen baulichen Maßnahmen: Verlegung des Behindertenparkplatzes, Verkleinerung der Behindertenrampe, Park- und Halteverbot im Bereich rund um den Brunnen, Entfernung des Radständers vor dem Gemeindeamt.

Die ÖVP-Fraktion stellt den Antrag, daß die Bushaltestelle vom Gemeinderat vor dem Gemeindeamt festgesetzt wird.

Weiters fordern wir den Bürgermeister auf, bis zum 28.06.2010 die Busunternehmen ÖBB und Stern & Hafferl aufzufordern ein Ansuchen beim Land zur Verlegung der Bushaltestelle zu stellen.

Wir ersuchen um Unterstützung und Zustimmung durch den Gemeinderat.

5. Dringlichkeitsantrag der ÖVP Unterach

Unterach, am 21.06.2010

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderates!

Die Fraktion der ÖVP Unterach stellt nachfolgend einen Dringlichkeitsantrag zur Thematik:

„Sicherung der Übergänge Elisabethhalle und Kirchenplatz“

Da auf Grund der Verlegung der Zentrumszone in Höhe Haus Rettenbacher und der Auflösung des Fußgängerüberganges Elisabethallee eine sehr unsichere Situation für Fußgänger und Autofahrer geschaffen wurde, stellt die ÖVP-Fraktion folgenden Antrag.

Im Bereich Fußgängerübergang Elisabethallee:

Anbringen eines schwenkbaren Bollers, Markierung des Überganges mit roter Farbe und das Anbringen des Symbols „Achtung Kinder“ mit weißer Farbe.

Weiters im Bereich Übergang Kirchenplatz:

Markierung des Überganges mit roter Farbe und das Anbringen des Symbols „Achtung Kinder“ mit weißer Farbe.

Um eine rasche Sicherung dieser Übergänge zu gewährleisten fordert die ÖVP-Fraktion eine Umsetzung bis spätestens 02.07.2010.

Im Interesse der Sicherheit für unsere Bürger, insbesondere unserer Kinder ersuchen wir um Unterstützung und Zustimmung durch den Gemeinderat.

6. Dringlichkeitsantrag der ÖVP Unterach

Unterach, am 21.06.2010

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderates!

Die Fraktion der ÖVP Unterach stellt nachfolgend einen Dringlichkeitsantrag zur Thematik:

„Kündigung des Vertrages mit dem Jugendzentrumsunterstützungsvereines“

Da auf Grund der schwierigen Finanzlage Einsparungen von Seiten der Gemeinde für das Finanzjahr 2011 unausweichlich sind, sieht sich die ÖVP-Fraktion gezwungen, den Vertrag mit dem Jugendzentrumsunterstützungsvereines fristgerecht mit dem 01.07.2010 zu kündigen. Der Vertrag kann seitens der Gemeinde am Jahresende unter Einhaltung einer viermonatigen Kündigungsfrist mittels eingeschriebenen Briefs aufgekündigt werden.

Die Dringlichkeit dieses Antrages ergibt sich daraus, da es keine Gemeinderatssitzung vor Ende der Kündigungsfrist gibt.

Um die Kündigung zu gewährleisten, fordert die ÖVP-Fraktion die Kündigung mittels eingeschriebenen Briefes bis spätestens 01.07.2010

Die ÖVP-Fraktion ersucht um Unterstützung und Zustimmung durch den Gemeinderat.

GR Schindlauer Josef: Findet es lächerlich, dass die ÖVP-Fraktion diese TOP nicht regulär auf die TO setzen ließ, damit sie auch in der eigenen Fraktion besprochen hätten werden können.

Die Aufnahme dieser Dringlichkeitsanträge in die Tagesordnung und der Behandlung vor dem Punkt „Allfälliges „ wird mit den Stimmen der ÖVP-Fraktion, sowie des Vorsitzenden, und der SPÖ-Gemeinderäte Mayrhofer Mag. Gerhard, sowie Schindlauer Franz beschlossen. Gegenstimmen: SPÖ-Gemeinderäte Eichinger Petra, Mayrhofer Adelheid, Schindlauer Josef, Schindlauer Matthias; Stimmenthaltung GR. Ing. Roither Rudolf.

Tagesordnung, Beratungsverlauf und Beschlüsse:

1. Berichte des Bürgermeisters
2. Korrektur Erledigung Rechnungsabschluss 2009, Beschlussfassung
3. Versetzung des bisherigen Amtsleiters, Hr. OAR Helmuth Greifeneder in den dauernden Ruhestand per 01.08.2010;
Überstellung des GB Wolfgang Freunberger von der Dienstklasse C/I-V in die Dienstklasse B/II-VI/N2;
Bestellung des GB Wolfgang Freunberger durch den Gemeinderat am 10.12.2009, ergänzender Beschluss über die Bestellung nach dem Oö. Gemeindebedienstetengesetz 2001 (Schema ALT), sowie die Befristung dieser Bestellung auf 3 Jahre;
Auflassung des Beamtenpostens der Dienstklasse C/I-V nach Überstellung von GB Freunberger in B/II-VI/N2 per 1.8.2010; Beschlussfassung;
4. Übernahme einer Teilfläche des Ing. Gottfried Neuhold an der Einmündung des Hohlmannweges in die Mondseestraße ins öffentliche Gut nach § 15 Liegenschaftsteilungsgesetz (LiegTG, BGBl. 3/1930 idF 100/2008); Beschlussfassung;
5. Erweiterung der Shared-Space-Zone in der Hauptstraße bis zum Haus Hauptstraße 30, Beschlussfassung;
6. Überarbeitung des Flächenwidmungsplanes Nr. 2, sowie des Örtlichen Entwicklungskonzeptes (ÖEK) der Gemeinde Unterach am Attersee, Grundsatzbeschluss, das Verfahren zu beginnen;
7. Helga und Roman Toplak, Ansuchen um Umwidmung des Grundstückes 1643/7, KG Unterach, Beschlussfassung;
9. Einstellung Schneeräumung auf privaten Verkehrsflächen ab dem Winter 2010/2011, Beschlussfassung;
10. Allfälliges;
11. Bürgerfragestunde

Anmerkung des Protokollführers: Die Nummerierung wurde irrtümlich ohne Nr. 8 erstellt.

Pkt. 1 der TO: Bericht des Bürgermeisters:

Der Vorsitzende bringt folgende Berichte:

- a) Die Ertragsanteile des Bundes sind gegenüber dem Vorjahr um 8,3 % zurückgegangen, was auch unsere Gemeinde schwer trifft.
- b) Straßenreparaturen, die unbedingt notwendig waren, wurden durchgeführt, u. zw. in der Jeritzastraße (EPAM-Baustelle, Kostentragung durch EPAM), Kaplanstraße (Kostentragung durch Herrn Wienerroither Peter) und In der Au, Auffahrt zu Haus Mierl, hier ist öffentliches Gut betroffen und daher von der Gemeinde zu bezahlen;
- c) Arch. Maul hat die Abrechnung der dritten Bauetappe durchgeführt. Der Bürgermeister bedankt sich bei Herrn Arch. Maul auch dafür, dass dieser auf einen Teil seines Honorars verzichtet hat, das ihm aufgrund der Preisentwicklung zugestanden wäre. Er kümmert sich weiter um die Schäden, die am Confalt-Belag entstanden sind.
- d) Fischaufstieg Mondseeklauswehr wird ausgebaut, das geplante Schau- fenster mit Einbindung in den Kaplanweg wird nach einem mehrheitli- chen Vorstandsbeschluss nicht realisiert, die Kosten hätten rund € 15.000,00 betragen.
- e) Notar Mag. Steinhuber hielt in Unterach einen Vortrag über Patienten- verfügen und Testament, dieser war sehr gut besucht. Eventuell kann dies jährlich gemacht werden, da das Interesse groß war.
- f) Das Familienpicknick des Landes OÖ wird in Unterach ausgetragen, der Tourismusverein Unterach hat sich darum beworben. Es werden bis zu 5000 Gäste erwartet, Datum ist der 11. Juli 2010. Die Feuerwehr und die Wasserrettung betreuen diese Veranstaltung. Der Bürgermeister lädt auch die Unteracher Bevölkerung zur Teilnahme ein.
- g) Der Vorsitzende bedankt sich bei allen „guten Geistern“, die bei der Pflege von Rosenbeeten und dergleichen helfen. Er erwähnt namentlich Frau Rettenbacher (Anm: Maria), Frau Gabriel (Anm: Monika), Frau Götsch Luise, Frau Höllermann (Anm: Gundi). Sie haben die Gemeinde- arbeiter tatkräftig unterstützt. Diese sind zeitlich oft nicht in der Lage, dies zu schaffen.
- h) Weiters bedankt sich der Vorsitzende bei Frau Hutterer (Hedwig), wel- che die Kosten für die Bepflanzung des Klimt-Platzes übernommen hat.
- i) Die Post schließt nun offenbar am 3. September 2010. Als Postpartner fungiert der Sparmarkt Hieke.
- j) Die Aufsichtsbeschwerde der Frau Pözlbauer wurde vom Land abgewie- sen. Der Bürgermeister hat keine den Verwaltungsvorschriften entge- genstehende Maßnahmen gesetzt. Diese Baumaßnahmen und Maß- nahmen der Gemeinde waren demnach rechtens.
- k) Etwas Positives ist auch zu berichten: Das Land OÖ hat folgende Förde- rungen ausbezahlt: Minigolfanlage € 16.500, + € 15.991, BZ € 44.000, Kneippanlage € 11.000, Rückerstattung Projekt Dinospaß € 450, Stra- ßenbaumaßnahmen € 30.000. Alle zugesagten BZ- u. Fördermittel sind planmäßig eingetroffen.
- l) Negativ ist zu berichten, dass es diverse Vandalismusschäden gibt, an der OKA-Kreuzung wurde die WC-Anlage zerstört, die WC- u. Pissoir- muscheln wurden mit einem Hammer zerschlagen. Die Kostenschät- zung beläuft sich auf etwa € 700. Die Handlungen wurden zur Anzeige gebracht.

- m) Der Parkplatz an der B 151 ist soweit fertig, die Bepflanzung und die Beleuchtung sind noch auszuführen. Es wird hier erstmals eine LED-Beleuchtung verwendet, in Zukunft wird es Einsparungen dadurch geben.
- n) Bei Gesprächen mit dem E-Werk Wels wurden Energiesparmaßnahmen diskutiert. Eine Umstellung der gesamten Straßenbeleuchtung auf LED-Technik wird ins Auge gefasst. Darüber erstellt das E-Werk Wels einen Kostenvoranschlag, in Aufrechnung mit den Energiekosteneinsparungen.
- o) Dieses Wochenende findet das Bezirksmusikfest in Oberwang statt, wo auch unsere Musik bei der Marschbewertung teilnehmen wird. Am Sonntag um 9.00 Uhr findet diese Bewertung statt. Nachmittags findet dann die Bekanntgabe der Wertung statt.

Pkt. 2 der TO: Genehmigung des Rechnungsabschlusses für das Jahr 2009, einschließlich der Vermögens- u. Schuldenrechnung, auf Grundlage des gem. § 91 Abs. 3 der Oö. GemO. 1990 i.d.g.F. erstellten Berichtes des Prüfungsausschusses vom 08. März 2010; Beschlussfassung

Der Vorsitzende berichtet, dass aufgrund einer unrichtigen Interpretation der o.ö. Gemeindeordnung, bei der Sitzung am 22. April 2010 der Beschluss des Rechnungsabschlusses nicht korrekt durchgeführt wurde. Es ist daher notwendig, diesen nachzuholen.

Der Prüfungsausschuss hat in seiner Sitzung am 08. März 2010 entsprechend der gesetzlichen Bestimmung die Überprüfung des Rechnungsabschlusses für das Jahr 2009 vorgenommen.

Der Sollüberschuss für das Rechnungsjahr 2009 beträgt € 91.031,34.

Seitens des Prüfungsausschusses wurde der erforderliche Bericht erstellt.

Die Details wurden in der Sitzung vom 22.4.2010 beraten, um Abstimmung darüber wird ersucht.

Keine Wortmeldungen, Beschluss einstimmig.

**Pkt. 3 der TO.: Ernennung des GB Wolfgang Freunberger auf den freiwertenden Dienstposten B II-VI/N2-Laufbahn und Überstellung von der Verwendungsgruppe C in die Verwendungsgruppe B;
Bestellung des GB Wolfgang Freunberger durch den Gemeinderat am 10.12.2009, ergänzender Beschluss über die Bestellung nach dem Oö. Gemeindebedienstetengesetz 2001 (Schema ALT), sowie die Befristung dieser Bestellung auf 3 Jahre;
Auflassung des Beamtenpostens der Dienstklasse C/I-V nach Überstellung von GB Freunberger in B/II-VI/N2 per 1.8.2010;
Beschlussfassung;**

Der Vorsitzende berichtet, dass der bisherige Amtsleiter, Hr. Helmuth Greifeneder mit 1.8.2010 in den dauernden Ruhestand tritt. Die Versetzung war im Vorstand zu beschließen.

Der Gemeinderat hat in der Sitzung vom 10. Dezember 2010 mehrheitlich Hr. Wolfgang Freunberger zu seinem Nachfolger bestellt. Es sind daher die oben erwähnten Beschlüsse notwendig.

Ergänzend dazu ist zu beschließen, dass Hr. Freunberger im Gehaltsschema „ALT“ verbleibt und die vom Gesetz vorgesehene Befristung auf drei Jahre, analog zur Ausschreibung, festgelegt wird.

Es ist zu bemerken, dass aufgrund dieser Konstellation per 1.8.2010 ein Beamten-Posten abgeschafft werden kann und die Gemeinde dadurch auf lange Sicht Einsparungen erzielt.

Der Vorsitzende ersucht um Wortmeldungen. Es erfolgen keine Wortmeldungen. Der Vorsitzende stellt den Antrag, im Sinne des Amtsvortrages abzustimmen. Einstimmig angenommen.

**Pkt. 4 der TO.: Übernahme einer Teilfläche des Ing. Gottfried Neuhold an der Einmündung des Hohlmannweges in die Mondseestraße ins öffentliche Gut nach § 15 Liegenschaftsteilungsgesetz (LiegTG, BGBl. 3/1930 idF 100/2008);
Beschlussfassung;**

Der Bürgermeister führt aus, dass Herr Ing. Gottfried Neuhold, Hohlmannweg 1, nach Herstellung einer Einfriedung (Gartenmauer), die außerhalb dieser Mauer liegende Grundfläche kostenlos an das öffentliche Gut abtritt.

Nach Novellierung des Liegenschaftsteilungs-Gesetzes ist hiezu ein Beschluss des Gemeinderates erforderlich.

Der Gemeinderat möge also beschließen, die Teilfläche 1 aus dem Plan des DI Josef Wallmann, Liezen, im Ausmaß von 19 m², in die Einlagezahl 952, Öffentliches Gut, zu übernehmen.

Der Bürgermeister weist auf die, den Fraktionen zugestellte, Planskizze hin, er erklärt, dass dies im Bereich Einmündung Hohlmannweg in die Mondseestraße ist.

Nachdem keine Wortmeldungen erfolgen, lässt der Vorsitzende darüber abstimmen. Die Übernahme i.S. des TOP 4 wird einstimmig beschlossen.

Pkt. 5 der TO: Erweiterung der Shared-Space-Zone in der Hauptstraße bis zum Haus Hauptstraße 30 und vom SPAR-Markt Hieke nördlich bis zum Haus Kirchenplatz 4, Beschlussfassung;

Aufgrund der Beratungen des Straßenausschusses und des Gemeindevorstandes ist man zur einhelligen Auffassung gekommen, die Zentrumszone (Shared-Space-Zone), vom derzeitigen westlichen Ende beim Haus Hauptstraße 22 (Haus Roither) bis zum Haus Hauptstraße 30 (Haus Rettenbacher) zu erweitern und vom SPAR-Markt Hieke nördlich bis zum Haus Kirchenplatz 4 (Pfarrhof).

Damit wird einerseits die Gefahrenstelle bei der Einmündung der Elisabeth-Allee in die Hauptstraße, zumindest von der Höchstgeschwindigkeit her, etwas entschärft, zum Anderen wird der Schulweg im Bereich des Kirchenplatzes sicherer.

VERORDNUNG

des Gemeinderates der Gemeinde Unterach a.A. vom 24. Juni 2010 betreffend der Erlassung eines Parkverbotes, einer Geschwindigkeitsbeschränkung und einer Kurzparkzone innerhalb des Gebietes der Gemeinde Unterach a.A. zum Zwecke der Realisierung einer verkehrsberuhigten „Zentrums/Shared Space – Zone“.

Gemäß § 40 Abs. 2 Ziff. 4 und § 43 Abs. 1 OÖ. Gemeindeordnung, sowie § 25 Abs. 1, § 43 Abs.1 lit b Ziff.1 und § 94 d, Z. 1b und 4 lit. a und d StVO 1960 wird verordnet:

§ 1

Für den Bereich wird

- a) eine Zonenbeschränkung (erlaubte Höchstgeschwindigkeit) von 20 km/h (§ 52 lit. a, Ziff. 10 a und 10 b i.V. m. Ziff. 11 a und 11 b StVO 1960 erlassen.
- b) eine Zonenbeschränkung – Parken verboten (§ 52 lit. a Ziff. 13 a i.V. m. Ziff. 11 a und 11 b StVO 1960) erlassen. Ausgenommen davon sind die durch Bodenmarkierungen gekennzeichneten Parkflächen.
- c) eine Kurzparkzone für die durch Bodenmarkierungen gekennzeichneten Parkflächen (§ 25 StVO 1960). Die Kurzparkzone wird mit dem Verbotsschild „Kurzparkzone“ und der Zusatztafel „Montag bis Freitag von 07,00 Uhr bis 18,00 Uhr, Samstag von 07,00 Uhr bis 12,00 Uhr, Kurzparkdauer 90 Min.“ gekennzeichnet.

§ 2

Der örtliche Geltungsbereich der im § 1 angeführten Verkehrsmaßnahmen ist im beiliegenden Lageplan vom 24.06.2010, welcher einen integrierenden Bestandteil dieser Verordnung bildet, dargestellt.

§ 3

Die Kundmachung dieser Verordnung erfolgt gemäß § 44 Abs. 1 StVO 1960 i.d.g.F. durch die Anbringung der Verkehrszeichen gemäß § 52 StVO 1960 i.d.g.F. sowie der erforderlichen Zusatztafeln gemäß § 54 StVO 1960 i.d.g.F.

§ 4

Die Gültigkeit dieser Verordnung ist mit Ablauf des 31.12.2011 befristet. Gleichzeitig wird die Verordnung vom 11.02.2010 außer Kraft gesetzt.

Der Bürgermeister:

Der Lageplan, der gemäß § 2 der Zonen-Verordnung vom 11. Februar 2010 ein integrierter Bestandteil dieser Verordnung ist, ist im Sinne des Tagesordnungspunktes abzuändern.

GR Hutterer: Die Zonentafeln sollten ebenfalls an neuen Standort angebracht werden.

Vorsitzender: Je nach Arbeitsanfall werden spätestens nächste Woche diese Tafeln dort angebracht, er wollte nur die Beschlussfassung dazu abwarten. Er stellt an Frau Hutterer die Frage, ob, gem. der mündlichen Vereinbarung bei der Begehung, sie schon mit Herrn Pfarrer Six gesprochen habe, ob die Tafeln auf dem Grund der Pfarre aufgestellt werden dürfen.

GR Hutterer: Kann sich daran nicht erinnern, aber sie kann dies gerne tun. Herr Ing. Schmidt, der Vertreter der Pfarre ist, ist heute als EGR anwesend.

VBgm. Baumann: Frau Rettenbacher habe ihn gebeten, dafür zu sorgen, dass bei Anbringung der Zonentafeln an ihrem Haus die richtige Höhe beachtet wird, um Schäden an höheren Fahrzeugen zu verhindern.

Vorsitzender: Von Fr. Rettenbacher wurde das Einverständnis eingeholt und die Verantwortung für die Tafeln trägt die Gemeinde.

Nachdem keine Diskussionsbeiträge mehr bestehen, ersucht der Vorsitzende um Abstimmung i.S. des TOP 5, es erfolgt die einstimmige Annahme.

Pkt. 6 der TO: Überarbeitung des Flächenwidmungsplanes Nr. 2, sowie des Örtlichen Entwicklungskonzeptes (ÖEK) der Gemeinde Unterach am Attersee, Grundsatzbeschluss, das Verfahren zu beginnen;

Der Vorsitzende trägt vor, dass auf Grund der Bestimmungen des Oö. Raumordnungsgesetzes es notwendig ist, sowohl den Flächenwidmungsplan, als auch das Örtliche Entwicklungskonzept (ÖEK) zu überarbeiten.

Vom Bauausschuss wurden bereits Architekten zur Anbotlegung eingeladen. Der Gemeinderat möge einen Grundsatzbeschluss fassen, dass gem. § 18 Oö. ROG 1994) der Flächenwidmungsplan Nr. 2, sowie das ÖEK grundlegend überprüft werden sollen, um das Verfahren (nach § 33 Oö ROG 1994) beginnen zu können.

Der Vorsitzende berichtet, dass zur Überarbeitung des FIWPI und des ÖEK drei Arbeitsgruppen gebildet werden, jeweils für den Bereich Au-See, das Ortszentrum und eine für den Bereich Buchenort. Die von den Grundeigentümern einlangenden Anträge auf Änderung der Widmung werden dort vor beraten und dann mit einer Empfehlung an den Gemeinderat formuliert. Eine intensive Diskussion mit dem dann zuständigen Architekten wird die Folge sein und gegebenenfalls werden die Änderungsvorschläge eingearbeitet werden.

Der Bürgermeister lässt, nachdem keine Wortmeldung erfolgt, über diese TOP abstimmen, dies wird einstimmig angenommen.

Pkt. 7 der TO: Helga und Roman Toplak, Ansuchen um Umwidmung des Grundstückes 1643/7, KG Unterach, Beschlussfassung;

Helga und Roman TOPLAK, Schwanenstadt, Ansuchen um Umwidmung des Grundstückes 1643/7, KG Unterach; ÖEK-Interessen (anzustrebende Baulandgrenze) stehen derzeit gegen eine Baulandwidmung, frühere negative Stellungnahmen des Landesnaturschutzes liegen vor.

Empfehlung des Bauausschusses an den GR:

Der Umwidmungsantrag soll im Rahmen der Überarbeitung des Flächenwidmungsplanes (FIWPI) für das gesamte Gemeindegebiet mit behandelt werden.

Der Vorsitzende führt aus, dass das Ehepaar Toplak bezüglich der Umwidmung bei ihm vorgesprochen hat, er darauf hingewiesen hat, dass eine Neuauflage des FLWPI beabsichtigt ist und daher dieses Verfahren dort eingebunden werden soll.

GR Schindlauer Josef: weist darauf hin, dass hier bereits einmal ein Verfahren abgelehnt wurde und er befürwortet die vom Bürgermeister vorgeschlagene Vorgehensweise.

Vorsitzender: Herr und Frau Toplak haben darauf bestanden, ihr Ansuchen dem Gemeinderat vorzulegen.

Der Vorsitzende stellt daher den Antrag, das Ansuchen der Ehegatten Toplak zurückzustellen und im generellen Verfahren der Neuauflage des Flächenwidmungsplanes der Gemeinde Unterach am Attersee zu beurteilen.

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Anmerkung des Verfassers: Aufgrund eines Nummerierungsfehlers bei der Erstellung der Tagesordnung ist in dieser kein TOP 8 vorgesehen.

Zu Pkt. 9 der TO: Einstellung Schneeräumung auf privaten Verkehrsflächen ab dem Winter 2010/2011, Beschlussfassung;

Der Vorsitzende berichtet, dass der Straßenausschuss in seiner Sitzung am 27. Mai 2010 folgenden Beschluss gefasst hat:

„Ein Grundsatzbeschluss erfolgt dahingehend einstimmig, dass die Privatstraßen (ca. 4,6 km von insgesamt 5,2 km) künftig nicht mehr geräumt werden!
Der Gemeinderat möge daher in diesem Sinn einen Beschluss fassen.“

VBgm. Baumann: zeigt sich verwundert, dass dieser TOP in die Tagesordnung aufgenommen wurde, er habe in seiner Erinnerung eine andere Vorgehensweise im Gedächtnis. Der Bürgermeister habe zugesagt, dass sofort nach seinem Urlaub in diesem Gremium beraten werden würde, wie die Schneeräumung künftig gestaltet werden würde. Eine diesbezügliche Sitzung hat nicht stattgefunden, der Bürgermeister hat kein Konzept hinsichtlich der Schneeräumung.

Es wurden auch Einsparungsmaßnahmen beraten, ein Vertrag für die Fremdvergabe der Räumung sei auszuarbeiten. Darum seine Verwunderung. Er stellt daher den Antrag, diesen TOP zurück zu stellen und zuerst die Absprache im Straßenausschuss zu erledigen.

GV Baier: Der Vorstand war bei der Sitzung dabei. Es wurde dort beschlossen, dass es getrennt werden soll, die Betroffenen sollten schnellst möglich die Chance haben, sich um Alternativen (Anm.: zur Gemeinde-Schneeräumung) umzuse-

hen. Der zweite Punkt sollte dann sein, dass in einer Arbeitsgruppe festgelegt wird, wie die Schneeräumung dann an sich aufgeteilt wird.

Vorsitzender: Zur Erläuterung: Dieser Punkt wurde bereits vorher einmal im Straßenausschuss behandelt, auch hier hat sich der Ausschuss bereits gegen die Räumung von privaten Straßen ausgesprochen. Daraufhin wurde dieser Punkt dem Gemeinderat vorgelegt, man hat sich dort darauf geeinigt, diese Problematik in einem größeren Gremium zu diskutieren und dann wieder dem GR vorzulegen. Dies hat mit Straßenausschuss und Gemeindevorstand stattgefunden. Dort wurde einstimmig beschlossen, dass die Räumung auf Privatstraße einzustellen ist. Im Vorstand wurde dann vereinbart:

1. die Einstellung auf Privatstraßen und:
2. über künftige Einsparung zu beraten und die Schneeräumung teilweise an Dritte zu vergeben. Künftig räumt die Gemeinde den Bereich unterhalb der Umfahrungsstraße, der Rest wird unter Privaten aufgeteilt.

Nichts anderes wurde im Vorstand beschlossen. Es hat auch keine Gegenstimme dazu gegeben, er sei bereit das zu tun, so seien die Mandatare auseinander gegangen. Es ist für ihn wiederum verwunderlich, dass das vom Vizebürgermeister offenbar anders gesehen wird.

GV Campestrini: Der Vorstand hat das beschlossen, jawohl. Aber es wurde auch eine zeitliche Grenze mit Juni 2010 gesetzt, dass jeder Anrainer einer Privatstraße dann auch Kenntnis davon hat, dass dort nicht mehr geräumt wird. Dieses Konzept gibt es bis heute nicht.

Vorsitzender: Dieser Termin wurde nie beschlossen, da am 1. Juni 2010 die Vorstandssitzung war und daher dieser Zeitrahmen unrealistisch wäre. Er gehe ja nochmals auf Urlaub und daher wäre das unrealistisch.

GV Campestrini: Die erste Straßenausschusssitzung war bereits im März, dort wurde diese Vorgangsweise bereits beschlossen.

Vorsitzender: Im Vorstand wurde die heute dargelegte Vorgangsweise beschlossen.

Vorsitzender: Er ist grundsätzlich bereit, hier zusammenzuarbeiten, sich anzusehen, ob Einsparungen getroffen werden können.

VBgm. Baumann: Es kann nicht geklärt werden, wer recht hat, außer man lässt auch bei der Vorstandssitzung ein Tonband mitlaufen. Der Bürgermeister hat uns versprochen, nach seinem Urlaub diese Sitzung einzuberufen. Das hat nicht stattgefunden. Daher zurück an den Start; die Aussage des Herrn Baier sei nicht richtig, es wäre sinnvoll, die Privaten, welche räumen, gleich in die Diskussion einzubinden.

Vorsitzender: Er lässt sich nichts unterstellen. Er komme am 9. Juli von seinem Urlaub zurück und stehe in der Woche darauf zur Verfügung. Es ist dann noch früh genug. Er protestiert auf das Schärfste, diese Aussagen sind nicht richtig. Er lässt sich das nicht unterstellen. Der Gemeindevorstand war dabei, auch er kann schildern, wie das abgelaufen ist.

Er erkundigt sich nach weiteren Wortmeldungen, welche nicht erfolgen. Er stellt daher den Antrag von VBgm. Baumann zur Abstimmung, den er ersucht ihn nochmals zu formulieren.

VBgm. Baumann: Zuerst sollte ein Konzept für die Schneeräumung 2010/2011 erarbeitet werden, mit allen Details, wie Verträgen mit den Privaten, etc., erst dann sollte ein Gesamtkonzept den Bürgern präsentiert werden.

Vorsitzender: lässt über den Antrag abstimmen: dafür: ÖVP-Fraktion, dagegen: SPÖ-Fraktion außer GR Ing. Roither Rudolf, Stimmenthaltung GR Ing. Roither Rudolf. Somit ist der Antrag mehrheitlich angenommen.

Der Vorsitzende berichtet, dass folgende Dringlichkeitsanträge vorliegen und formuliert nun die Dringlichkeitsanträge (DA) der ÖVP-Fraktion:

1. DA der ÖVP-Fraktion:

Unterach, am 21.06.2010

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderates!

Die Fraktion der ÖVP Unterach stellt nachfolgend einen Dringlichkeitsantrag zur Thematik:

„Abschaffung des Gratiskindergartenessens“

Auf Grund der Neuregelung des Essens im Hort ab September, fordert die ÖVP-Fraktion auch die Einbindung des Kindergartens in die Regelung der „Gesunden Gemeinde“. Das Essen wird ab September von der Firma Ebewe Pharma produziert und von der Firma Gebetsroither geliefert. Um hier eine Gleichberechtigung aller Kinder und Eltern zu schaffen, fordert die ÖVP-Fraktion die Streichung des Gratiskindergartenessens.

Die ÖVP-Fraktion ersucht um Unterstützung und Zustimmung durch den Gemeinderat.

Der Vorsitzende meldet sich dazu zu Wort: er findet diese Vorgangsweise problematisch. Er weiß als Bürgermeister gerade einmal, dass es Bestrebungen in diese Richtung gibt, Details sind ihm keine bekannt. Diese Art der Arbeit, den Bürgermeister und den halben Gemeinderat zu überrumpeln, findet er äußerst bedenklich, wenn das einer guten Zusammenarbeit dienen soll. Diskutieren kann man über alles.

Wenn dieses Essen den Anforderungen der Eltern entspricht, ist es in Ordnung, wenn sich die Gemeinde mit dem Kindergartenessen anschließt. Diese Vorgänge wurden unter Ausschluss der halben GR-Fraktion vereinbart.

GV Baier: Der Beschluss ist eigentlich sinnlos. Der Gratisbezug wurde nur für dieses Kindergartenjahr beschlossen, daher ist dies nicht notwendig. Die SPÖ-Fraktion hat damals diesen Antrag für ein Kindergartenjahr gestellt. Wenn eine neue Form der Ausspeisung für Hort und Kindergarten vereinbart wird, ist das in Ordnung. Aber es sollte vorher darüber gesprochen werden.

Vorsitzender: Dies hätte vorher abgeklärt werden können, wenn darüber gesprochen worden wäre. Man kann sich über alles unterhalten, aber wenn man vor vollendete Tatsachen gestellt wird, ist das problematisch.

GR Slama: Im Kindergarten sind drei bis vier Essen durchschnittlich betroffen, man sollte darüber nicht so viel Aufhebens machen. Das Gratisessen war ja ein Wahlzuckerl. Der Termin im Hort für die Besprechung über das Essen wurde vom

Bürgermeister nicht wahrgenommen. Leider konnte er dann nicht informiert werden.

Vorsitzender: Alle Mandatare kennen seine Telefonnummer, außerdem trifft man sich mehrmals in der Woche auf der Straße, also er hätte jedenfalls informiert werden können, wenn man wollte.

GR Eichinger: verwehrt sich gegen die Aussagen, dass im Kindergarten nur vier Essen ausgegeben werden. Es mag sein, dass es jetzt so ist. Sie sei jeden Tag im Kindergarten, manchmal waren es bis zu zehn Kinder, vier Kinder äußerst selten.

GR Slama: die Information hat Frau Schwendinger aus dem Kindergarten erhalten. Sie, Frau Slama, war etliche Male dort, da waren es nie mehr als drei oder vier.

GR Eichinger: Viele Kinder werden nach dem Essen abgeholt und sind daher nachmittags nicht mehr dort. Zum Schluss des KiGa-Jahres mag es sein, dass es weniger sind.

VBgm. Baumann: Er betont, dass der Gemeinderat kein Kasperltheater und kein Affenzirkus ist und er ersucht die Damen und Herren der anderen Fraktion dies zu akzeptieren. Er stellt klar, dass Obmann der „Gesunden Gemeinde „ Dr. Walter Titze ist. Der Initiator der Änderung für das Essen ist ebenfalls Dr. Titze, seines Wissens Mitglied der SPÖ-Fraktion. Daher gibt es keine Pflicht der anderen Fraktion, zu informieren.

Vorsitzender: Herr Baumann wisse ganz genau, um was es gehe, also solle er mit diesem Blödsinn aufhören.

VBgm. Baumann fordert den Vorsitzenden auf, derartige Wortmeldungen zu unterlassen.

Vorsitzender: Gibt es zu diesem DA noch eine Wortmeldung? Nachdem dies nicht der Fall ist, lässt er darüber abstimmen: In Sinne des Antrages wird der DA der ÖVP-Fraktion mit 10 Ja-Stimmen (ÖVP-Fraktion) und 9 Nein-Stimmen (SPÖ-Fraktion) angenommen.

2. DA der ÖVP-Fraktion:

Unterach, am 21.06.2010

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderates!

Die Fraktion der ÖVP Unterach stellt nachfolgend einen Dringlichkeitsantrag zur Thematik:

Neuregelung der Parkplatzsituation im Bereich Strandbad

In den Monaten, wo das Motorboot-Fahren am Attersee erlaubt und auf Grund der Wettersituation sehr interessant ist, werden immer mehr Parkplätze vor dem Strandbadgelände als Abstellflächen für Bootsanhänger benutzt. Deshalb fordert die ÖVP-Fraktion ein Abstellverbot für Anhänger im Bereich Parkplatz vor dem Strandbad und dem Parkplatz (Ehemaliger Tennisplatz). Eine zeitliche Beschränkung Mai bis Oktober wäre denkbar.

Die ÖVP-Fraktion ersucht um Unterstützung und Zustimmung durch den Gemeinderat.

Der Vorsitzende stellt diesen DA zur Diskussion.

GR Schindlauer Matthias: versteht nicht, dass dieser Fall Thema eines Dringlichkeitsantrages ist. Warum steht das nicht auf der Tagesordnung?

VBgm. Baumann: Es gibt deshalb diesen Antrag, weil aus der Bevölkerung Beschwerden an ihn persönlich, aber auch an die Gemeinde herangetragen wurden, dass durch, zeitweise 13-14, Bootsanhänger die Parkplätze teilweise verstellt wären. Der Bürgermeister wurde darüber informiert. Diese Problematik hat sich erst letzte Woche ergeben, nachdem die Tagesordnung bereits festgestanden ist.

Vorsitzender: Er wurde von einem langjährigen Gast angesprochen bzw. angeschrieben. Leider kann man nicht auf jedes Mail oder jeden Brief ein Verbot erlassen. Es war auch keine Katastrophe. Die Bootseigner sollten nur informiert werden, dann befolgen 99 % der Leute auch die Anweisung.

GV Baier: In der Zeit Mai Juni und September ist wenig Badebetrieb, so störend wird das nicht gewesen sein. Hinweisschilder, dass die Anhänger auf dem Schotterparkplatz abgestellt werden sollten, sind sinnvoller, als Verbote zu erlassen.

VBgm. Baumann: Es geht um eine generelle Regelung, dass ein Parkplatz nicht so verschwendet werden sollte und die Tagestouristen dann keine Parkmöglichkeit hätten. Es waren 13 Anhänger dort.

GR Mayrhofer Adelheid: sie war an diesen Tagen auch im Strandbad, es waren Parkplätze frei, es war kein Thema. Sie denkt auch, dass das nicht notwendig ist.

Vorsitzender: ein Hinweisschild beim Schranken, auf dem auf die Abstellmöglichkeit Schotterplatz hingewiesen wird, wäre eine Alternative. Exekutieren kann man nur ein Verbot.

VBgm. Baumann: Er hätte kein Problem, wenn eine entsprechende Beschriftung erfolgt und die Leute das auch befolgen. Er müsste nicht unbedingt ein Verbot fordern.

Vorsitzender: Morgen könnte man bereits einen A-Ständer aufstellen mit entsprechenden Hinweisen. Bis zum Herbst könnte man sich dann genau überlegen, was zu tun ist. Was passiert mit dem Dringlichkeitsantrag?

VBgm. Baumann: Stellt daher den Antrag, die Hinweise beim Schranken anzubringen, und sieht von einer Parkverbotszone für Anhänger ab.

Vorsitzender: lässt darüber abstimmen, Angenommen ÖVP Fraktion, SPÖ-Fraktion mit Ausnahme von GR Schindlauer Josef, der sich der Stimme enthält.

3. DA der ÖVP-Fraktion:

Unterach, am 21.06.2010

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderates!

Die Fraktion der ÖVP Unterach stellt nachfolgend einen Dringlichkeitsantrag zur Thematik:

Ansuchen der Gemeinde Unterach bei der BH Vöcklabruck, Abteilung Naturschutz zur Bearbeitung der Voranfrage „Aus und Umbau Freizeitgelände Unterach am Attersee“.

Die ÖVP-Fraktion hat ein Konzept ausgearbeitet, um das Strandbad und Freizeitgelände Unterach attraktiver und besser nutzbar für die Bewohner und Touristen zu gestalten. Um weiterhin ohne Kosten zu verursachen, dieses Projekt verfolgen zu können, benötigen wir eine Stellungnahme des Naturschutzes. Aber auch der Naturschutz benötigt einen offiziellen Auftrag von Seiten der Gemeinde bis zum 09.07.2010. Auf Grund der zeitlichen Situation wurde dieses Schreiben in Abwesenheit des Bürgermeisters vom Vizebürgermeister verfaßt und an die BH Vöcklabruck gesandt. Leider hat der Bürgermeister nach der Rückkehr von seinem Urlaub dieses Schreiben für null und nichtig erklärt. Da nun am 09.07.2010 eine Sitzung der zuständigen Herren vom Naturschutz, Wildbachverbauung und dem Land Oberösterreich stattfindet ergibt sich die Dringlichkeit unseres Antrages.

Die ÖVP-Fraktion fordert den Bürgermeister auf, im Namen der Gemeinde Unterach eine Voranfrage an die BH Vöcklabruck, Abteilung Naturschutz, zu senden, um die Möglichkeit der Durchführung dieses Projektes vorab abzuklären.

Die ÖVP fordert die Umsetzung dieses Antrages bis spätestens 25.06.2010.

Die ÖVP-Fraktion ersucht um Unterstützung und Zustimmung durch den Gemeinderat.

Vorsitzender: Bei der letzten Vorstandssitzung ersuchte ihn die ÖVP-Fraktion, das Projekt zur Vorbegutachtung bei der Naturschutzbehörde der BH einzureichen. Er habe zugesagt, dies zu tun, wenn alle erforderlichen Unterlagen vorlägen. In seiner Abwesenheit erging ein von VBgm. Baumann unterzeichnetes Schreiben der Gemeinde an die BH. Er möchte dies deutlich sagen, dass dies ein Fall der Kompetenzüberschreitung ist. Der Vizebürgermeister habe nicht das Recht, im Namen der Gemeinde Schreiben zu verfassen, unter Verwendung des Gemeindesiegels.

Dieses Schreiben wurde von ihm aus mehreren Gründen zurück beordert und er hat aufgrund der Zusage in der Vorstandssitzung bereits ein offizielles Schreiben an die Naturschutzbehörde zur Vorbegutachtung dieses Projektes gerichtet. Weiters wurde ein Schreiben an Herrn Arch. DI Pfeffer verfasst, in dem er ihn darauf hinweist, dass er keinen Auftrag der Gemeinde Unterach hat und somit auch keine Forderungen an die Gemeinde Unterach stellen kann.

Er möchte darauf hinweisen, dass bereits ein Mal ein Architekt für die Gemeinde etwas „gratis“ entworfen hat und dann die Gemeinde 1,0 Mio ATS zu bezahlen hatte. Dies sind seine Bedenken. Das Schreiben wurde verfasst, wenn man mit ihm rede, würden sich solche Anträge erübrigen. Er werde es allerdings, auch in Zukunft nicht dulden, dass irgend ein Gemeinderat in seinem Namen irgendwelche offiziellen Schreiben an irgend welche Behörden richtet, auch nicht als Gemeindevertreter bei Behörden vorspricht, auch wenn es manche hier lustig finden, dies widerspricht der Gemeindordnung.

VBgm. Baumann: weist zurück, dass irgendein Gemeinderat dieses Schreiben erstellt hätte, sondern der Vizebgm. in Abwesenheit des Bürgermeisters. Dies war mit der Landesregierung so vereinbart.

Vorsitzender: Das kann der VBgm. nicht machen, er war nicht abwesend, wenn er nur nicht am Gemeindeamt sitzt, kann der VBgm nicht seine Agenden übernehmen. Das steht in der Gemeindeordnung, und er (der VBgm.) solle sagen, wer die Auskunft beim Land erteilt habe, mit diesem Herren werden er, der Bgm., sich auseinander setzen.

VBgm. Baumann: lässt die Auskunft dem Bürgermeister zukommen, der Herr ist Mag. Ganglbauer vom Amt der o.ö. Landesregierung.
Heißt das, dass das Ansuchen jetzt beim Naturschutz eingelangt ist? Kann man das Schreiben sehen?

Vorsitzender: Es ist jetzt nicht hier, bei der nächsten Vorstandssitzung kann es eingesehen werden.

GV Campestrini: die nächste Vorstandssitzung ist im September, der Termin ist im Juli.

Vorsitzender: er kann morgen am Gemeindeamt das Schreiben einsehen.

VBgm. Baumann: möchte wissen, ob er sich auf das Wort des Bürgermeisters verlassen kann, dass die Anfrage so stattgefunden hat, mit dem Plan.

Vorsitzender: Das Schreiben wurde versandt, die Planskizze wurde mit gesandt. Es ist zu riskant, einen Plan mit Architektenstempel zu versenden, der hat ja Urheberrechte drauf.

Vbgm. Baumann: Wenn dem so ist und er sich auf das Wort des Bürgermeisters verlassen kann, zieht er seinen Antrag (Anm: Dringlichkeitsantrag) zurück.

4. DA der ÖVP-Fraktion:

Unterach, am 24.06.2010

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderates!

Die Fraktion der ÖVP Unterach stellt nachfolgend einen Dringlichkeitsantrag zur Thematik:

Verlegung der Bushaltestelle vor das Gemeindeamt

Derzeit gibt es in Unterach keine genehmigte Bushaltestelle im Ort. Dadurch besteht die Gefahr, daß der Bus aus dem Ortszentrum verbannt wird und Unterach keine öffentliche Verkehrsanbindung im Zentrum besitzt.

Aus diesem Grund haben 3 Vertreter der ÖVP Unterach (Hutterer Hedwig, Rabas Franz und Vizeb. Georg Baumann) eine Einladung vom Land Oberösterreich am 22.06.2010 angenommen, um rasch eine befriedigende Lösung für alle Beteiligten zu schaffen. Bei dieser Besprechung kamen alle Beteiligten zu dem Schluß, daß der einzig mögliche Platz für eine Bushaltestelle im Ortszentrum vor dem Gemeindeamt sein kann.

Zu beachten sind die notwendigen baulichen Maßnahmen: Verlegung des Behindertenparkplatzes, Verkleinerung der Behindertenrampe, Park- und Halteverbot im Bereich rund um den Brunnen, Entfernung des Radständers vor dem Gemeindeamt.

Die ÖVP-Fraktion stellt den Antrag, daß die Bushaltestelle vom Gemeinderat vor dem Gemeindeamt festgesetzt wird.

Weiters fordern wir den Bürgermeister auf, bis zum 28.06.2010 die Busunternehmen ÖBB und Stern & Hafferl aufzufordern ein Ansuchen beim Land zur Verlegung der Bushaltestelle zu stellen.

Wir ersuchen um Unterstützung und Zustimmung durch den Gemeinderat.

Vorsitzender: Der Gemeinderat hat sich bereits einstimmig darauf geeinigt, dass die Haltestelle vor das Gemeindeamt kommt.

Halte- u. Parkverbot wird nicht benötigt, weil es außer dem Behindertenparkplatz, der verlegt werden soll, keine gekennzeichneten Parkflächen gibt.

Der Radständer an der Hauswand stört seiner Meinung nach nicht, das ist für ihn neu. Die Behindertenrampe ist auszuführen, ansonsten wäre das Aus- u. Einsteigen nicht möglich. Das Verfahren ist im Laufen, die Schreiben an die Behörde sind längst erfolgt, der Antrag ist genauso, wie die anderen, obsolet.

Der Vorsitzende bringt nun die Chronologie der Schreiben an die zuständige Behörde vor. Schreiben vom 20.4., tel. Urgenz vom 31.5. durch den Amtsleiter.

Die Einladung vom 10.6. für den 22.6. zu einem Termin in Linz. Ihn befremdet, dass andere Gemeinderäte Termine neben dem Amt bzw. dem Bürgermeister für die Gemeinde vereinbaren. Er habe an Herrn HR DI Huemer darauf hin ein Schreiben gerichtet, worin er seinen Standpunkt erklärte, das Verfahren im Sinne des Beschlusses der Gemeinde weiterzuführen.

Er betont, dass er bei den Besprechungen, welche die ÖVP-Mandatäre einberufen haben, nicht anwesend war, dadurch im Inhalt auch keine Kenntnis hatte.

Die Gemeinde habe weiters bereits an beide Verkehrsunternehmen Schreiben gerichtet, damit diese die Auflassung und Neufestsetzung der Haltestelle beantragen. Die Haltestelle ist baulich abzuhandeln, um eine Genehmigungsfähigkeit zu erreichen. Er sei deshalb noch mehr erstaunt über diesen Antrag.

Er eröffnet die Diskussion dazu.

GR Hutterer: Der Bürgermeister stellte fest, dass er über das Ergebnis der Besprechung in Linz am 22.6. nicht informiert ist. Der Herr Bürgermeister hat am Dienstag (Anm. 22.6.) nachmittags ein Schreiben erhalten, und vorhin hat er genau das gesagt, was Inhalt der Besprechung in Linz war. Der Bürgermeister hat sich innerhalb der letzten Minute zwei Mal widersprochen.

Vorsitzender: Er habe mit dem zuständigen Beamten gesprochen, um die Situation zu klären. Es wurde hier einstimmig beschlossen, dass das Verfahren so eingeleitet wird.

GR Hutterer: Die Bauausschusssitzung am 1. Februar 2010 ist schief gelaufen, weil der Bürgermeister sich vehement dagegen gewehrt hat, die Haltestelle vor das Gemeindeamt zu verlegen.

Anmerkung des Protokollführers: allgemeine emotionale Diskussion, nicht protokollfähig;

GR Hutterer: Die Beamten in Linz, mit denen sie gesprochen habe, haben festgestellt, dass der Bürgermeister sich gegen diese Lösung gewehrt habe, mit dem Argument, die Bevölkerung wolle die Haltestelle nicht vor der Gemeinde. Seit 6. November 2009 ist von Seiten der Gemeinde Unterach punkto Bushaltestelle nichts geschehen.

Vorsitzender: Das ist nicht richtig, sie (Anm: Frau Hutterer) sollte schon akzeptieren, was er gerade vorgelesen habe. In dieser Zeit gibt es zwei verordnete Haltestellen mit Bescheid. Hier wurde übersehen, dass beim Brand-Haus (Anm: Haus Auinger, Hauptstraße 3) ein 1 Meter breiter Grundstreifen an der Straße dort dazugehört und damit die Haltestelle dort nicht machbar ist.

VBgm. Baumann: Es gibt keinen Beschluss des Gemeinderates, wonach die Bushaltestelle vor das Gemeindeamt verlegt werden soll.

GR Mag. Reichl: Im Protokoll vom 22.4.2010 ist kein Beschluss in diesem Sinn vermerkt.

Vorsitzender: Wenn der Herr Amtsleiter dieses Protokoll in einem Irrtum abgefasst hat, dann ist das zu klären. Das Schreiben an die Behörde wurde von Herr Freunberger abgefasst. Dort steht offensichtlich irrtümlich, dass ein Beschluss gefasst wurde. Trotzdem wurde dieses Verfahren eingeleitet, und zwar von ihm. Es hätte ein Anruf genügt, dies zu klären. Der Beschluss ist möglich.

Anmerkung des Verfassers: Die Verlegung der Haltestelle vor das Gemeindeamt wurde am 22. April 2010 anlässlich einer Besprechung des Vorstandes und des Bauausschusses mit Herrn Arch. DI Maul über die Abrechnung der 3. Bauetappe der Ortsbildgestaltung vereinbart. Dies wurde von mir mit Beschluss im betreffenden Schreiben an Herrn Kölblinger gemeint.

VBgm. Baumann: Der Antrag wurde gestellt, weil die ÖVP-Fraktion nicht den Eindruck hat, dass der Bürgermeister die Haltestelle im Ort erhalten will.

Vorsitzender: Das ist eine boshafte Unterstellung, diese weise er zurück. Er lässt sich solche Unterstellungen nicht gefallen. Er bedauert, dass eben seine Nerven etwas blank liegen und nimmt bestimmte Äußerungen zurück. Er fordert zur Fortführung der Diskussion auf.

VBgm. Baumann: Es sind gewisse Dinge vorgefallen, die diese Vermutung zulassen. Unter anderem sind die Fahnenmasten eines Tages wieder so gestanden, dass der Bus nicht durchfahren konnte, er und GV Campestrini besuchten darauf hin den Bürgermeister im Postamt und forderten ihn auf, diese anders anordnen zu lassen.

Vorsitzender: Der Antrag, die Bushaltestelle vor das Gemeindeamt zu verlegen, liegt vor. Ein Halte- u. Parkverbot ist seiner Meinung nicht notwendig, da in der Shared-Space-Zone ohnehin nur auf den gekennzeichneten Parkflächen geparkt werden darf. Die Behindertenrampe zu verkleinern, den Behindertenparkplatz zu verlegen ist ohnehin klar.

GR Schmidinger: Er sei der Meinung, dass das Halten sehr wohl erlaubt sei, dann könne der Bus aber nicht die Runde vollenden.

GR Mag. Reichl: Es sollte jetzt einmal die Bushaltestelle verlegt werden, Details könne man im Nachhinein ansehen.

Vorsitzender: Der Verkehrssachverständige wird ohnehin alles verordnen, was notwendig ist. Er stellt nun den Antrag, die Bushaltestelle vor das Gemeindeamt zu verlegen.

VbGM. Baumann: Das wäre der Antrag der ÖVP. Aber es ist in Ordnung.

Vorsitzender: lässt nun über seinen Antrag abstimmen.

ÖVP-Fraktion: ja, SPÖ-Fraktion: ja, mit Ausnahme GR Josef Schindlauer, Stimmenthaltung. Antrag mehrheitlich angenommen.

5. DA der ÖVP-Fraktion:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderates!

Die Fraktion der ÖVP Unterach stellt nachfolgend einen Dringlichkeitsantrag zur Thematik:

„Sicherung der Übergänge Elisabethhalle und Kirchenplatz“

Da auf Grund der Verlegung der Zentrumszone in Höhe Haus Rettenbacher und der Auflösung des Fußgängerüberganges Elisabethallee eine sehr unsichere Situation für Fußgänger und Autofahrer geschaffen wurde, stellt die ÖVP-Fraktion folgenden Antrag.

Im Bereich Fußgängerübergang Elisabethallee:

Anbringen eines schwenkbaren Bollers, Markierung des Überganges mit roter Farbe und das Anbringen des Symbols „Achtung Kinder“ mit weißer Farbe.

Weiters im Bereich Übergang Kirchenplatz:

Markierung des Überganges mit roter Farbe und das Anbringen des Symbols „Achtung Kinder“ mit weißer Farbe.

Um eine rasche Sicherung dieser Übergänge zu gewährleisten fordert die ÖVP-Fraktion eine Umsetzung bis spätestens 02.07.2010.

Im Interesse der Sicherheit für unsere Bürger, insbesondere unserer Kinder ersuchen wir um Unterstützung und Zustimmung durch den Gemeinderat.

Vorsitzender: Seine Stellungnahme lautet: 20 km/h sind ohnehin in der Shared-Space-Zone verordnet. In dieser Zone ist der Fußgänger mit dem Autofahrer gleichgestellt. Seiner Meinung nach erübrigt sich dort jegliche Bodenmarkierung. Es wurde eine Begehung mit Herrn Rabas, Frau Hutterer und seiner Person durchgeführt, dort wurde auch praktisch der Inhalt dieses DA besprochen, mit der Einigung, dies alles nicht zu machen. So wurde die Markierung durchgeführt. Es ist auch ein Unsinn, dort noch irgendetwas zu markieren. Er findet es nicht richtig, wenn von manchen Leuten etwas aufgeschaukelt wird, gleich mit dem Malstift anzurücken. Das Gefährdungspotential ist so weit herunter gesetzt, dass dort möglichst nichts passiert. Die Situation ist auch beim Sparmarkt Hieke und dergleichen. Man sollte sich genauer ansehen, was die Shared-Sapce-Zone bedeutet. Er findet diese Maßnahmen als nicht notwendig und er bittet daher, darauf zu verzichten. In der letzten Zeit konnte man gerade wieder in den Medien hören, dass genau auf diesen Schutzwegen die meisten Unfälle passieren. Diese sind oft eine Falle, weil sich die Leute in Sicherheit wiegen.

GR Rabas: Kinder sind nicht berechenbar. Die Gefahrenstelle Elisabethallee ist der Massen uneinsichtig, dass sie zu kennzeichnen ist und damit der Autofahrer auf diese Gefahrenstelle hingewiesen wird. In diesem Raum sitzen zwei Personen, die schon einmal jemanden zusammengefahren haben. Unter anderem er selbst, eine alte Frau mit etwas mehr als 12 km/h. Sie wurde erheblich verletzt. Auch solche Personen sind hier, die beinahe schon einen lieben Menschen durch einen derartigen Unfall verloren haben. Er möchte inständig bitten, für die Bevölkerung von Unterach, vor allem aber für die Kinder, diese Stellen sicherer zu machen. 20 km/h können mitunter tödlich sein.

GR Schindlauer Josef: Es müsste aber auch beim Hieke diese Maßnahme ergriffen werden, auch dort fahren die Fahrzeuge mit 20 km/h. Natürlich möchte er auch nicht, dass Kinder zusammengefahren werden. Aber dann hätte man einen Farbkasten, da überall bei diesen Stellen markiert werden müsste.

Vorsitzender: Auch er hätte beinahe seine Frau vor einigen Jahren verloren, die in Salzburg auf einem Schutzweg zusammengefahren worden war. Er möchte einen Vorschlag machen: Es gibt beim Land OÖ eine Verkehrsabteilung, von dort sollte ein Fachmann eine fachliche Beurteilung abgeben, welche der geplanten Maßnahmen Sinn macht.

GR Slama: Es gibt eine Unterstützungserklärung der Senioren, die ebenfalls diese Maßnahmen unterstützen. Es kann nicht zu viel für die Sicherheit getan werden, keiner von uns kann die Verantwortung übernehmen, wenn etwas passiert. Sie ersucht daher dringend um Zustimmung zum DA.

GR Hutterer: Sie habe Information von der WKO erhalten, deren Ing. Peter Kaufmann die Shared-Space-Zone begutachtet hat. Dieser hat die Ausdehnung der Shared-Space-Zone, wie heute beschlossen, angeregt. Er hat weiters angeregt, den Querungsbereich mit einer roten Bodenfarbe deutlich hervorzuheben. Das Gleiche wurde für die Stelle Elisabethallee vorgeschlagen.

Vorsitzender: Es sollte ein gewisser Anstand bewahrt werden, indem man den Bürgermeister über derartige Aktivitäten wenigstens in Kenntnis setzt und seinen Standpunkt anhört. Er kenne das Schreiben nicht. Er lade gerne auch diese Personen ein.

GR Rabas: Dieser Herr ist von Landesdienstleistungszentrum für Straßenbau und ist zuständig für die Shared-Space-Zone.

GR Hutterer: Am 26.4.2010 hat sich Herr DI Schnetzer mit Herrn Ing. Kaufmann und anderen Herren getroffen, um diese Zone anzusehen, für das Land OÖ. Der Bürgermeister hat dieses Schreiben zur Kenntnis bekommen.

Vorsitzender: Es ist nicht richtig, was hier gesagt wird, diese Personen melden sich nicht einmal bei der Gemeinde, wenn sie hier tätig sind.

Mehrfach haben sich Fachleute des Landes gegen jegliche Markierung im Bereich Elisabethallee ausgesprochen. Es gibt widersprüchliche Aussagen auch von Fachleuten. Die korrekte Vorgehensweise wäre, Fachleute einzuladen, um diese Problematik zu begutachten. Aufgrund seiner langjährigen Erfahrung als Straßenaus-schuss-Obmann kann er das sagen. Er ersucht den Vizebürgermeister, den Antrag nochmals zu formulieren.

VBgm. Baumann: Der Inhalt des Antrages bedeutet keine Verschlechterung der Situation, sondern, er ist sicher, eine Verbesserung. Der Autofahrer muss klar aufmerksam gemacht werden, dass hier eine besondere Situation besteht. Die Zone in Unterach wurde ja nicht durch bauliche Maßnahmen verlangsamt. Die Erfahrung zeigt, dass sich kaum ein Autofahrer an die 20 km/h hält. Deswegen bleibt die ÖVP-Fraktion bei diesem Antrag und darüber wird bitte abgestimmt.

Vorsitzender: er stellt den Antrag, vor Durchführung dieser Maßnahmen, Fachleute des Landes OÖ zu konsultieren, um eine Stellungnahme zu erhalten. Er lässt nun über seinen Antrag abstimmen:

10 Nein- Stimmen der ÖVP-Fraktion, 9 Ja- Stimmen der SPÖ-Fraktion, damit ist der Antrag des Vorsitzenden abgelehnt.

Nun folgt die Abstimmung über den DA Nr. 5 der ÖVP-Fraktion:

10 Ja- Stimmen der ÖVP-Fraktion, 7 Nein- Stimmen der SPÖ-Fraktion, Stimm-enthaltungen: GR Ing. Roither Rudolf, GR Schindlauer Franz.
Der Vorsitzende merkt an, dass morgen der Auftrag zur Markierung erteilt und die Poller angeschafft werden.

6.DA der ÖVP-Fraktion:

Unterach, am 21.06.2010

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderates!

Die Fraktion der ÖVP Unterach stellt nachfolgend einen Dringlichkeitsantrag zur Thematik:

„Kündigung des Vertrages mit dem Jugendzentrumsunterstützungsvereines“

Da auf Grund der schwierigen Finanzlage Einsparungen von Seiten der Gemeinde für das Finanzjahr 2011 unausweichlich sind, sieht sich die ÖVP-Fraktion gezwungen, den Vertrag mit dem Jugendzentrumsunterstützungsvereines fristgerecht mit dem 01.07.2010 zu kündigen. Der Vertrag kann seitens der Gemeinde am Jahresende unter Einhaltung einer viermonatigen Kündigungsfrist mittels eingeschriebenen Briefs aufgekündigt werden.

Die Dringlichkeit dieses Antrages ergibt sich daraus, da es keine Gemeinderatssitzung vor Ende der Kündigungsfrist gibt.

Um die Kündigung zu gewährleisten, fordert die ÖVP-Fraktion die Kündigung mittels eingeschriebenen Briefes bis spätestens 01.07.2010

Die ÖVP-Fraktion ersucht um Unterstützung und Zustimmung durch den Gemeinderat.

Der Vorsitzende ersucht um Diskussionsbeiträge.

GV Baier: stellt die Frage, wie sich die ÖVP die Betreuung der Jugendlichen vorstellt, oder sollte das Jugendzentrum wieder geschlossen werden?

GR Slama: Die Mängel bei diesem Verein sind schon die längste Zeit klar. Die letztens stattgefundene Besprechung war nicht sehr befriedigend. Die Besucherfrequenz stimmt nicht, die Qualität stimmt nicht, viele Dinge waren auch bei der Vorgängerin von Daniel (Anm. des derzeitigen Betreuers) nicht in Ordnung. Sie lasse sich von Herrn GV Baier nicht die Kompetenz absprechen.

GR Mayrhofer Adelheid: stellt an Fr. GR Slama die Frage nach den sachlichen Gründen. Man nimmt den Jugendlichen die Möglichkeit, dort hin zu gehen, wo sie sich wohl fühlen. Jahrelang war nichts da. Sie möchte wirklich wissen, was da nicht passt.

GR Slama: Es geht um diesen Verein und diese Betreuer. Hätten Sie sich informiert, der Herr Bürgermeister interessiert sich nicht dafür.

GR Mayrhofer Adelheid: Der Herr Bürgermeister war auf Urlaub.

GR Slama: Es geht um die früheren Besuche dort, es gibt ein Gedächtnisprotokoll und die Qualität entspricht nicht. Die Besucherfrequenz stimmt auch nicht, sie lässt sich nicht gerne anlügen.

GR Mayrhofer Adelheid: Warum sagen Sie nicht ehrlich, dass Sie es nicht wollen, weil: Sie haben keine sachliche Begründung.

Vorsitzender: Weist auf das Schärfste zurück, dass ihn das dort (Anm: das Jugendzentrum) nicht interessiere. Er war nicht da, er hat als seine Vertretung Herrn Baier zu dieser Besprechung gesandt. Er habe sich für das Jugendzentrum sehr eingesetzt, vom Ankauf dieses Gebäudes bis zur Verwirklichung. Die ÖVP war immer dagegen, im Endeffekt hat sie aber dann zugestimmt, jetzt haben wir es ein Jahr. Sie, Frau Slama haben das immer kritisiert. Wenn Sie glauben, man kann die Jugendlichen zum Papierl-Sammeln oder Rasenmähen oder sonst etwas heranziehen, dann spreche ich Ihnen jegliche Kompetenz ab, mit einem Jugendlichen umgehen zu können. Die Betreuer sind auch keine Streetworker, die im Ort Jugendliche einsammeln. Es scheint, dass wieder etwas zerschlagen werden muss, was von der Sozialdemokratischen Seite gekommen ist, das müssen Sie den Jugendlichen erklären. Die Ausrichtung des Vereins müssten Sie auch kennen, über den ÖGB müsse er wohl nicht sprechen. Frau Slama sei lange Jahre Mitglied der SPÖ gewesen, sie müsse also Bescheid wissen.

GR Schmidinger: erinnert den Vorsitzenden, bei der Sache zu bleiben.

Vorsitzender: das ist Sache, es ist weder schlecht, bei der SPÖ zu sein, noch bei der ÖVP. Wenn es darum geht, den Betreiber auszuwechseln, sollte sie (Anm: die ÖVP) dies hier ehrlich sagen. Wenn die Zahlen nicht stimmen, das kann man nicht nachvollziehen. Er selbst habe dort Stunden verbracht, auch wie es gebaut worden ist. Er habe dort auch gearbeitet, das war für ihn selbstverständlich. Wenn man es zusperren möchte, Sie (Anm.: die ÖVP) haben die Mehrheit, beschließen Sie es. Aber sagen Sie es auch den Jugendlichen. Wenn die Einsparungen bei den Jugendlichen gemacht werden, dann ist das das Traurigste für ihn. Wenn er die Anstrengungen in anderen Gemeinden betrachte, die sehen, was eingespart werden kann, aber Jugendzentren werden nicht zugesperrt.

VBgm. Baumann: Die Diskussion ist in eine andere Richtung, als der Antrag gegangen. Das Thema ist, dass jährlich rund € 20.000 dafür ausgegeben werden, jeder andere Verein bekommt das bei Weitem nicht, diese Vereine machen aber eine bessere Betreuung, bessere Freizeitgestaltung für die Jugendlichen, als in diesem Jugendzentrum. Deswegen kam die ÖVP zum Schluss, den Vertrag kündigen. Dann kann das Haus einer sinnvollen Nutzung zugeführt werden. Niemand hat hier gesagt, dass dies dann nicht mehr für die Jugend sei. Es geht primär um die Kündigung des Vertrages.

GR Mayrhofer Adelheid: Dieser Jugendzentrums-Unterstützungsverein wird vom Land OÖ gefördert und wenn Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP-Fraktion das politisch betreiben wollen, dann bitte, aber nicht auf dem Rücken unserer Jugend, das ist traurig.

Vorsitzender: Er möchte schon darauf hinweisen, dass dieser Verein nicht in Misskredit gebracht wird. Dies ist ein großer Verein, der vom Land OÖ unterstützt und kontrolliert wird. Er macht qualitativ gute Arbeit. Sie (Anm: die ÖVP) haben kein einziges Argument, was dort nicht stimmt. Wenn es einmal weniger war, als aufgeschrieben wurde (Anm: Besucheranzahl je Öffnungstag), das ist lächerlich, so zu reagieren. Die Beurteilung, ob die Jugendarbeit gut ist, dann sind die Argumente der ÖVP bei diesem Gespräch geeignet, jegliche Kompetenz abzusprechen.

Es gibt sinnvolle Maßnahmen, wie jene, wo durch die BH Sozialarbeiten festgesetzt werden, ist das in Ordnung. Aber die Jugendlichen hier zum Papier-Sammeln zu verpflichten, das findet nicht statt.

GV Campestrini: Was die Anwesenheit bzw. die Evaluierung betrifft: Er war mit seiner Gattin im Lokal „Manuelas Remise“, an einem sehr schönen Tag. Beim Besuch im Jugendzentrum fand er den Betreuer, Daniel vor, und er fragte ihn, ob viele Jugendliche das JuZ besuchen. Dieser sagte, nein, eher wenige und bei einem solch schönen Wetter sei nie jemand da. Dieses Gespräch fand rund zehn Minuten vor dem Schließen des JuZ statt.

Bei der Evaluierung wurde dem Bericht des Betreuers dann entnommen, dass genau an diesem Tag acht Jugendliche dort gewesen sein sollen.

Der Bürgermeister habe festgestellt, dass er sich falsche Zahlen nicht vorstellen könne. Dies sind eindeutig falsche Zahlen.

Vorsitzender: Es geht hier vielleicht um eine unrichtige Darstellung bei dem jungen Herrn, er könne das nicht nachvollziehen.

GR Hutterer: Sie findet es eine bodenlose Frechheit, dass der Bürgermeister Frau Slama, die fünfzehn Jahre Schuldirektorin war, die Kompetenz in punkto Kinder- und Jugendarbeit abspricht. Frau Hutterer ersucht, dies in das Protokoll aufzunehmen.

GR Eichinger: wendet sich an Frau GR Hutterer und stellt fest, dass es von Frau GR Slama eine Frechheit sei, Herrn Baier Erziehungskompetenz abzusprechen, er habe auch eine Tochter.

Vorsitzender: nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, lässt er über den Antrag der ÖVP-Fraktion abstimmen:

Ja- Stimmen: 10 ÖVP-Fraktion, Nein- Stimmen SPÖ-Fraktion, mit Ausnahme GR Schindlauer Franz, Stimmenthaltung GR Schindlauer Franz.

Damit ist der Vertrag mehrheitlich angenommen, der Vertrag wird mit dem geforderten Datum gekündigt.

Pkt. 10 der TO.: Allfälliges

Der Bürgermeister ersucht um weitere Wortmeldungen.

VBgm. Baumann: Was wird in der Volksschule bezüglich Sprunggrube und Laufbahn gemacht?

Vorsitzender: Die Laufbahn wird saniert, der Hangverbau der Fr. Sadikovic wird weggerissen, sobald der Sand am Beach-Volleyball-Platz getauscht wird, wird dort der Sand auch ausgetauscht. Der Beach-Volleyball-Sand ist nicht so leicht zu bekommen, es muss eine Austauschfahrt bestehen. Er wird dies mit Herrn Schnetzer abklären.

GR Schindlauer Josef: er möchte feststellen, dass, wenn es weiter so ist wie heute, dass sechs Dringlichkeitsanträge kommen, weil zuerst fällt mir nichts ein, dass ein Vorschlag für die Tagesordnung gemacht werden soll, das ist traurig. So kann es nicht sein, dass sechs Vorschläge kommen, diese könne man nicht be-

sprechen, das sieht er nicht ein, das ist keine Zusammenarbeit, das kann es nicht geben.

VBgm: möchte gerne dezent darauf hinweisen, er (Anm: Hr. GR Schindlauer Josef) möge mit dem Bürgermeister sprechen, über dessen Vorgangsweise bei Vorstandssitzungen und dergleichen, und seines Kollegen, wo die ÖVP-Fraktion als niveaulos, kindisch, etc. beschimpft wird, dann fragt er ihn ganz bewusst, ob er (Anm: GR Josef Schindlauer) eine Zusammenarbeit suchen würde, wenn ständig Sachen, wie „Kasperltheater“, wie auch heute, zu hören waren, würde er zusammenarbeiten? Nein.

GR Schindlauer Josef: Wenn die letzte Zeit betrachtet wird, so ist nichts mehr vorangegangen, im Gegenteil, alles nur nein, nein. Es geht nichts mehr vorwärts. Wir sind doch da für die Bürger. Zuerst wird eine Menge Steuergeld verwendet, jetzt wird alles abgeschafft. Auf der anderen Seite ist zu sparen.

GR Mayrhofer Adelheid: Eine ernsthafte Frage an VBgm Baumann: Geht es ihm um persönliche Befindlichkeiten oder ernsthaft um die Sache, dass er für die Gemeinde etwas tun möchte.

VBgm. Baumann: Die Sicherheit am Übergang bei der Elisabethallee ist keine persönliche Befindlichkeit von ihm. Es gab den Dringlichkeitsantrag deswegen, weil der Bürgermeister diese Maßnahme von Norwegen aus verhindert hat.

GR Mag. Reichl: Will die Sitzung nicht mehr unnötig verlängern, aber zur Wortmeldung von Hr. GR Schindlauer Josef möchte er sagen, ja es geht um Steuergelder; zu Beginn der Diskussion über das JuZ wurde hier gesagt, dass man eine Betreuung um € 6.000 sicherstellen könne. Das ist eigentlich immer so und dann kostet diese Maßnahme € 20.000. Wenn es auf die Anzahl der Gemeindebürger umgelegt wird, die diese Einrichtung nutzen, ist dies ein extrem hoher Betrag. In diesen Zeiten muss man genau schauen, wo Ressourcen eingesetzt werden. Es geht um das Geld der Steuerzahler. Es geht auch um die Vorgangsweise, es wurde früher oft vereinbart, dass Tagesordnungspunkte aufgenommen werden, das Gegenteil war oft der Fall. Und wenn dann behauptet wird, dass am 22.4. ein Beschluss gefasst wurde, der nicht gefasst wurde und erst mittels der Verhandlungsschrift festgestellt wird, dass dies nicht der Fall ist, dann darf man sich nicht wundern, wenn diese Sachen formal gemacht werden.

GR Schindlauer Josef: Weiß genau, dass das hier besprochen wurde. Wenn das Protokoll dann nicht so geschrieben wurde, versteht er das nicht.

Vorsitzender: Diese Vereinbarung wurde bei der Zusammenkunft mit Herrn Arch. Maul gemacht, nicht bei einer GR-Sitzung. Das war ein Irrtum, er gibt Herrn Mag. Reichl recht.

Man hat dies bei der Vorstandssitzung nicht gesagt. Seit er die letzten zwölf Jahre bei der Gemeinde führend tätig ist, wurde dies so gehandhabt. Wenn zwischen GV und GR-Sitzung noch etwas Dringendes auftrat, wurden DA gestellt. DA sollten nicht zur Überrumpelung des GR missbraucht werden. Er würde sich wünschen, dass jede Fraktion ausreichend Diskussionszeitraum hat. Die wäre einer guten Zusammenarbeit dienlich.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr erfolgen, schließt der Bürgermeister die Sitzung um 21.20 Uhr.

Genehmigung der Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung

Gegen die während der Sitzung zur Einsicht aufgelegene Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung vom 22.04.2010 wurden keine Einwendungen erhoben.

Nachdem die Tagesordnung erschöpft ist und sonstige Anträge und Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung um 21.30 Uhr.

(Vorsitzender)

(Gemeinderat)

(Gemeinderat)

(Gemeinderat)

(Schriftführer)

Der Vorsitzende bekundet hiermit, dass gegen die Verhandlungsschrift in der Sitzung vom _____ keine Einwendungen erhoben wurden.

Unterach a.A., am _____

Der Vorsitzende:
